H-Net Reviews
in the Humanities & Social Sciences

HT 2012: Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren. Mainz: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD), 25.09.2012-28.09.2012.

Reviewed by Arvid Schors
Published on H-Soz-u-Kult (October, 2012)

HT 2012: Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren

In den Sozialwissenschaften wird das gesellschaftliche und politische Phänomen des Vertrauens seit geraumer Zeit diskutiert. In der Geschichtswissenschaft erfährt Vertrauen jedoch erst seit jüngerer Zeit erhöhte Aufmerksamkeit. Vgl. dazu beispielhaft Ute Frevert (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003. Ein Sammelband zu historischen Perspektiven auf Vertrauen während des Kalten Krieges befindet sich in Vorbereitung: Reinhild Kreis/Martin Klimke/Christian Ostermann (Hrsg.), 'Trust, but Verify': The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969-1991 (i. E. 2013). Zwar ist das verstärkte Interesse an dieser schillernden Kategorie nicht gleichzusetzen mit Forschungsströmungen, die für eine kulturgeschichtliche Perspektive auf politische und diplomatische Vorgänge plädieren oder auf eine 'Geschichte der Emotionen' abheben. Unverkennbar aber steht die Entdeckung von Vertrauen als für die historische Forschung relevanter Begriff, Phänomen und Kategorie in - mal mehr oder weniger direktem - Zusammenhang mit diesen einflussreichen Forschungskonjunkturen.

Die von Philipp Gassert und Reinhild Kreis (beide Augsburg) organisierte und von Julia Angster (Mannheim) moderierte Sektion diskutierte vor diesem Hintergrund Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen Außenbeziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren. Im Mittelpunkt von PHILIPP GASSERTS programmatischem Eröffnungsvortrag stand dementsprechend Vertrauen als Zentralbegriff und Schlüsselkategorie der bundesdeutschen Außenpolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren, wobei er zunächst dessen Entstehungsgeschichte aus der demonstrativen Distanzierung zur deutschen Außenpolitik vor 1945 heraus nachzeichnete. Gassert verstand seine Überlegungen grundsätzlich als einen Beitrag zur Ergründung der Frage, inwiefern sich die Geschichte der internationalen Beziehungen unter Rückgriff auf psychologische und kulturelle Faktoren besser erklären ließe. Denn gerade aus der empfindlich eingeschränkten Souveränität der jungen Bundesrepublik habe sich die Notwendigkeit für ihre Außenpolitiker ergeben, nur durch eine 'weiche' Vorgehensweise die begrenzten außenpolitischen Handlungsspielräume erweitern zu können. Gassert formulierte in diesem Zusammenhang dann auch seine Kernthese, dass Vertrauen hier als Code für Einfluss, Macht und Recht auf Mitsprache zu fungieren begann. Im Rahmen der allgemeinen 'Krise der Erwartungen' in den 1970er-Jahren sei der ursprünglich für private Beziehungen reservierte Begriff des Vertrauens nicht nur zunehmend auf die Politik übertragen worden, sondern habe dabei auch mehr und mehr eine auf einzelne Politikerpersönlichkeiten und ihre Beziehung zueinander - etwa zwischen Adenauer und dem französischen Außenminister Schuman - bezogene Bedeutung erlangt. Gassert wies dabei nachdrücklich auf die sich hierbei manifestierende Funktion von Vertrauen in der Politik als "rhetorische und semantische Krücke" hin, die von der Bundesrepublik gezielt als eine mit emotionalen Elementen spielende Kommunikationsstrategie eingesetzt worden sei. Während bis in die 1960er-Jahre das Werben um Vertrauen für die Bundesrepublik vor allem als ein rhetorisches Mittel des Schwächeren zur Überbrückung des Machtgefälles gegenüber den westlichen Partnern gedient habe, habe sich die Vertrauenssemantik gleichzeitig zu einem integrativen Bestandteil und einer zentralen Traditionslinie der bundesrepublikanischen Außenpolitik fortentwickelt - eine Traditionslinie, die nun auch nach der sukzessiven Rückerlangung von ökonomischer und politischer Potenz seit den 1970er-Jahren weiter Bestand gehabt habe und auch nach Ende des Kalten Krieges sowie der deutschen Teilung bis heute die deutsche Außenpolitik präge.

ULRICH LAPPENKÜPER (Friedrichsruh) nahm im Anschluss die deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 in den Blick, wobei er seinen Schwerpunkt auf François Mitterrands Rolle seit 1971 legte. Zunächst betonte Lappenküper, dass bei diesem langen Prozess von der Erbfeindschaft zur Partnerschaft von Beginn an gegenseitiges Vertrauen als Ziel propagiert worden sei. Allerdings sei dieses angestrebte Vertrauen auf beiden Seiten immer prekär gewesen und von Furcht gespeisten Akten des Misstrauens begleitet worden. Dieses tief wurzelnde Misstrauen gegenüber der Bundesrepublik habe sich für Mitterrand persönlich vor allem auch aus fehlender Kommunikation weiter genährt, denn vor 1971 - dem Jahr seines Amtsantritts als Vorsitzender der Sozialistischen Partei und der in diesem Zuge aufgenommenen Kontakte zur SPD-Führung - besuchte er das Nachbarland kaum. Mitterrand habe zwar die Bundesrepublik als wichtigen Bündnispartner Frankreichs, aber auch als wirtschaftlichen Konkurrenten angesehen und habe vor allem die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundesrepublik mit großem Misstrauen betrachtet. Deshalb habe er etwa 1963 den von Adenauer und de Gaulle ausgehandelten Elysée-Vertrag abgelehnt. Erst mit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 1981 hätten sich seine Kontakte nach Bonn weiter verstärkt. Als eigentlichen Impuls für Mitterrands Kurswechsel gegenüber der Bundesrepublik machte Lappenküper aber die sich wandelnden historischen Rahmenbedingungen aus. So habe insbesondere der Protest der Bevölkerungen gegen den NATO-Doppelbeschluss Mitterrand und Helmut Kohl zusammengeschweißt, wobei Kohls standhafte Haltung gegen alle Widerstände in dieser Frage bei seinem französischen Gegenüber als wichtige vertrauensbildende Maßnahme gewirkt habe. Dieses Vertrauen habe sich allerdings, so schränkte Lappenküper ein, primär auf die persönliche Beziehung der beiden Spitzenpolitiker ausgewirkt - und sei von Seiten Mitterrands nicht etwa auf die gesamte politische Elite der BRD übertragen worden. Auch habe schließlich die deutsche Wiedervereinigung, der Mitterrand keinerlei positive Prädispositionen entgegengebrachte, dieses persönliche Vertrauensverhältnis auf eine harte Probe gestellt. Denn Mitterrand habe lange Zeit die Hoffnung gehegt, die deutsche Einheit im Rahmen der 2+4-Verhandlungen über Jahre verzögern zu können. Erst in seinen letzten Amtsjahren habe sich Mitterrand dann zu einem öffentlichen Wahrer der deutsch-französischen Freundschaft gewandelt, was jedoch vor allem auch von seinem Wunsch motiviert gewesen sei, als Versöhner in die Geschichte einzugehen. Vertrauen zur Bundesrepublik, so schloss Lappenküper, sei für Mitterrand letztlich stets prekär geblieben.

Einen zweifachen Perspektivwechsel nahm REINHILD KREIS vor, insofern sie sich in ihrem Beitrag weniger auf die Spitzendiplomatie, sondern vielmehr auf die breitere Bevölkerungsschichten umfassenden "menschlichen Beziehungen" zwischen den USA und der Bundesrepublik Anfang der 1980er-Jahre fokussierte. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bildete dabei die ausgeprägte Krisenrhetorik, die zu diesem Zeitpunkt die transatlantischen Beziehungen gekennzeichnet und durch die erneute Verschärfung des Kalten Krieges seit 1979 eine Zuspitzung erfahren hatte. So sei auf beiden Seiten des Atlantiks angesichts der Wahrnehmung von aufflackerndem Antiamerikanismus in der Bundesrepublik und stärker eigennützig motivierten außenpolitischen Entscheidungen in den USA von Entfremdung, Distanzierung und einer Vertrauenskrise die Rede gewesen. Darüber hinaus konzentrierte Kreis ihre Analyse auf Vertrauen als zentrale politische Ressource und handlungsleitende Kategorie, wobei sie gezielt den Blick auf die wechselseitigen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen richtete. Damit setzte sie auch bewusst einen Kontrapunkt zu bisherigen Interpretationen, die vornehmlich die Krise des transatlantischen Verhältnisses in den Mittelpunkt stellen. Vgl. hierzu etwa Klaus Wiegrefe, Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005. Wie sie herausarbeiten konnte, gründete die Krisenperzeption bei Politikern, Diplomaten und Medienvertretern in beiden Ländern insbesondere auch auf Misstrauen gegenüber der so genannten "successor generation" bzw. "Nachfolgegeneration" der unter 40-Jährigen. Diese Generation hatte die Anfänge des Kalten Krieges nicht selbst miterlebt und neige deshalb, so der zeitgenössische Verdacht und Vorwurf, nicht nur zur Unterschätzung der von der Sowjetunion ausgehenden Gefahr, sondern zeichne sich zudem durch einen latenten Mangel an Wertschätzung für Freiheit und Demokratie aus. Vor diesem Hintergrund entstand ab 1979 eine von den Regierungen beider Länder gemeinsam getragene Initiative, bei der persönliche Kontakte und die Wissensvermittlung im Mittelpunkt stehen und das Bewusstsein für das gemeinsame Wertefundament geschärft werden sollten - etwa durch verstärkte Austauschprogramme und gemeinsame Schulbuchprojekte, bei denen es um die Korrektur von stereotypen Geschichtsbildern gehen sollte. Dabei seien, wie Kreis betonte, in kürzester Zeit beträchtliche finanzielle Mittel eingesetzt und ganz neuartige Verbindungslinien und Foren geschaffen worden, um dieser Krisenwahrnehmung ak-

tiv entgegen zu wirken. In ihrer Analyse dieser wechselseitigen deutsch-amerikanischen Anstrengungen, auf gesellschaftlicher Ebene "Vertrauen durch Vertrautheit" herzustellen, gelang es Kreis schließlich zu illustrieren, dass Ähnlichkeit als ein wichtiger Faktor für die Ausbildung von Vertrauen berücksichtigt werden muss.

Die Vortragsreihe beschloss MATTHIAS PETER (Berlin) mit seinem Beitrag zur Rolle der Bundesrepublik im KSZE-Prozess und der Bedeutung von Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Dabei wies er zunächst darauf hin, dass es aus bundesrepublikanischer Perspektive von Beginn an die Zielsetzung des KSZE-Prozesses gewesen sei, systemübergreifendes Vertrauen herzustellen. Mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 habe die BRD, so Peter, ein wichtiges Etappenziel dieser Strategie erreicht, sei doch mit ihr eine Vertrauensgrundlage auf militärischem und humanitärem Gebiet geschaffen worden. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 habe dann allerdings eine tiefe Vertrauenskrise zur Sowjetunion herbeigeführt. In diesem Zusammenhang habe sich die BRD in der Verantwortung gesehen, die Sprachlosigkeit zwischen den Blöcken zu verhindern, wobei auch hier die bestehenden Kommunikationslinien des KSZE-Prozesses im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestanden hätten. Und auch während der krisenhaften Entwicklung in Polen ab 1981 habe die Bundesrepublik die KSZE-Schlussakte als zentralen Bezugspunkt und Ressource des Vertrauens für ihre außenpolitischen Initiativen zur Verhinderung einer weiteren Eskalation begriffen. Hierbei wies Peter ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei diesen Bemühungen für die BRD um eine Gratwanderung der Bündnissolidarität gehandelt habe und dabei insgesamt ihre Strategie als "Vertrauensvermittler" nicht ohne Risiko gewesen sei. Darüber sei man sich jedoch in Bonn durchaus bewusst gewesen. Letztlich, so fasste Peter zusammen, habe es sich bei Vertrauen um den Schlüsselbegriff des KSZE-Prozesses gehandelt, wobei jedoch zugleich berücksichtigt werden müsse, dass es hierbei auch immer um die Deutungshoheit zwischen Ost und West über die Entspannungspolitik gegangen sei.

In seinem Kommentar würdigte KIRAN KLAUS PATEL (Maastricht) zunächst das Verdienst der Sektionsbeiträge, Vertrauen als ertragreiche Kategorie für die internationale Geschichte in den Fokus gerückt zu haben. Im Weiteren griff er die von Peter verwandte Formulierung der außenpolitischen Gratwanderung der Bundesrepublik auf und nutzte sie, um darauf hinzuweisen, dass vor allem die Interaktion der verschiedenen Dimensionen von Vertrauen genauer in den Blick genommen und schärfer erfasst werden müsse. Dabei machte er zwei unterschiedliche Zugriffsformen aus, die im Rahmen der Sektion vorgeführt worden seien: zum einen die Semantik des Vertrauens und ihre instrumentelle Nutzung, die wiederum in den Beiträgen methodisch stärker ausgeführt worden sei und eine kulturhistorische Perspektive widerspiegele; zum anderen die Frage nach Kausalitäten, die letztlich darauf abziele, wie Vertrauen als Ressource generiert und ausgehandelt worden sei. Dabei rief Patel zur Reflexion darüber auf, ob diese beiden 'Schulen' auseinandergehalten werden müssten oder ob man diese doch - und wenn ja, wie - kombinieren könne? Desweiteren fragte Patel nach der spezifischen Relevanz des Falles der Bundesrepublik in den 1970er- und 1980er-Jahren und regte an, den Blick beispielsweise vergleichend auch auf andere Länder des westlichen Bündnisses auszudehnen. Zusätzlich warb er dafür, neben den politischen Spitzenakteuren auch stärker Akteursgruppen aus der zweiten und dritten Reihe auf der politischen Arbeitsebene sowie aus dem Umfeld von (Sozial-)Wissenschaften und Think-Tanks einzubeziehen. Denn, so Patel, gerade deren Interaktion als 'epistemic communities' könne möglicherweise besonders relevante Aufschlüsse über Vertrauen zulassen. Außerdem machte er auf die wichtige Rolle des Rechts aufmerksam und unterstrich, dass in den internationalen Beziehungen keine einfache Dichotomie zwischen Recht und Vertrauen bestehe. Vielmehr existiere hier ein vielgestaltiges Wechselverhältnis, das gerade im Zusammenhang mit der explosionsartigen Zunahme an internationalen Organisationen und NGOs in dem in dieser Sektion im Mittelpunkt stehenden Zeitraum betrachtet werden müsse. Abschließend plädierte Patel mit Nachdruck für eine Ausdehnung des Untersuchungszeitraumes über die 1970er- und 1980er-Jahre hinaus und verband diese Anregung mit der Vermutung, dass eine zeitlich länger angelegte Perspektive sich als besonders gewinnbringend erweisen könnte.

Insgesamt führte die Sektion das erhebliche Potential vor Augen, das in der Analyse von Vertrauen für die internationale Geschichte schlummert. Dabei konnte anschaulich gezeigt werden, dass der Einsatz von und Rückgriff auf Vertrauenssemantik zeitgenössisch mitnichten ein Randphänomen für die außenpolitischen Kontakte der Bundesrepublik und den öffentlichen Diskurs darstellte. Vielmehr kam ihr oftmals eine zentrale Bedeutung zu, die auch unmittelbar mit realpolitischen Interessen und Handlungen zusammenhing - und auf diese erhebliche Wirkung entfaltete. Über diese Erkenntnis wird etwa eine umsichtig konzipierte Diplomatiegeschichte kaum hinweggehen können. Zugleich wurden aber auch die Begrenzungen und Risiken des

Ansatzes sichtbar: So ist noch genauer zu ergründen, inwiefern die verstärkte Vertrauenssemantik eigentlich mit dem Kalten Krieg zusammenhängt - und ob sie sich vielleicht (deshalb) in anderen Epochen und Konstellationen, beispielsweise in Bismarcks Außenpolitik, gar nicht finden lässt? Auch muss Kiran Patels Plädoyer für analytische Disziplin im Umgang mit Vertrauen besonders ernst genommen werden, wobei speziell die wichtige, von ihm aufgeworfene Frage nach Kausalitäten noch unterbelichtet blieb. Denn gerade ein so enigmatisches Phänomen wie Vertrauen steht immer auch in der Gefahr, erkenntnistheoretisch überdehnt und zu einem "archimedische[n] Punkt" stilisiert zu werden, "von dem aus die Welt erklärt werden könnte." Ralf Stremmel: Rezension zu: Frevert, Ute (Hrsg.): Vertrauen. Historische Annäherungen. Göttingen 2003, in: H-Soz-u-Kult, 13.01.2006, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=6335>. Insbesondere mit der von Phillipp Gassert in den Mittelpunkt gerückten Perspektive auf die Semantik von Vertrauen - und damit auf seine zeitgenössischen Deutungen und Instrumentalisierungen - ist es der Sektion indes gelungen, die Eckpfeiler eines genuin historischen Zugriffs auf Vertrauen in der internationalen Geschichte zu skizzieren, mit dessen Hilfe derartige Fallstricke möglicherweise umgangen werden könnten.

Sektionsübersicht:

Julia Angster (Mannheim): Moderation

Philipp Gassert (Augsburg): "Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken": Vertrauen als Zentralkategorie deutscher Außenpolitik in den 1970er- und 1980er-Jahren

Ulrich Lappenküper (Friedrichsruh): Prekäres Vertrauen. François Mitterrand und Deutschland seit 1971

Reinhild Kreis (Augsburg): Entfremdete Partner?- Deutsch-amerikanische Vertrauenswerbung in den frühen 1980er-Jahren

Matthias Peter (Berlin): Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Die Bundesrepublik Deutschland im KSZE-Prozess 1975-1983

Kiran Klaus Patel (Maastricht): Kommentar

If there is additional discussion of this review, you may access it through the list discussion logs at:
http://h-net.msu.edu/cgi-bin/logbrowse.pl.

Citation: Arvid Schors. Review of , *HT 2012: Vertrauen als immaterielle Ressource der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren.* H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. October, 2012.
URL: http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=37346

Copyright © 2012 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.